

Stv. Stamm erklärt, dass der Verlauf der politischen Diskussion um Straßenbaubeiträge von Anliegern bei Umbaumaßnahmen darauf hin deutet, dass die Landesregierung eine Neuordnung für das Kommunalabgabengesetz beschließen wird. Der Bund der Steuerzahler hat eine Initiative zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge gestartet. Dies wird ausdrücklich von der SPD begrüßt.

So lange hier keine Rechtsklarheit bestehe, möge die Stadt Bergneustadt sämtliche Straßenbaumaßnahmen in Wohnbereichen aufschieben, bei welchen nach geltender Rechtslage Kosten in Form von Straßenbaubeiträgen auf die betroffenen Anlieger übertragen werden bis eine absehbare Neuregelung der Kommunalabgaben auf Landesebene getroffen worden sei.

BM Holberg teilt mit, dass durch den Wortlaut des Antrages sämtliche Straßenbaumaßnahmen betroffen seien und somit für die Stadt die Gefahr bestehe bereits beauftragte Baumaßnahmen in Frage zu stellen. Er müsse einen solchen Beschluss beanstanden, da die Stadt bereits Verträge mit Straßenbaufirmen eingegangen sei.

Er schlägt vor, den Antrag der SPD-Fraktion zur Beratung und Klärung in den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zu verweisen.

Die SPD-Fraktion erklärt ihre Bereitschaft, den Antrag in der nächsten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zu beraten.

Der Rat der Stadt Bergneustadt verweist den Antrag daraufhin in den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss.